

Alarmierende Zahlen: 336.000 Österreicher leben in erheblicher Armut!

FPÖ kritisiert Regierung wegen Armut in Österreich:
336.000 Betroffene, steigende Lebenshaltungskosten und
unzureichende Sozialleistungen.

Wien, Österreich - Die aktuellen Zahlen der Armutsstatistik in Österreich sind alarmierend. Laut der FPÖ-Klubobmannstellvertreterin und Sozialsprecherin NAbg. Dr. Dagmar Belakowitsch sind 336.000 Menschen, das entspricht etwa 3,7 % der privaten Haushalte, in einer „erheblichen Armutslage“. Darüber hinaus sind mehr als 1,5 Millionen Menschen, was 17,7 % der Bevölkerung ausmacht, armutsgefährdet. Dies ist eine Entwicklung, die die Politik zum Handeln zwingt.

Besonders betroffen von dieser Problematik sind Kinder, Alleinerziehende und Pensionisten. Belakowitsch kritisiert die Regierung, insbesondere die ÖVP, scharf für ihr Versagen im Kampf gegen Armut. Ihrer Ansicht nach werden Milliarden Euro für fragwürdige Projekte und illegale Migration ausgegeben, während die Unterstützung für die eigene Bevölkerung vernachlässigt wird. Dies hat drastische Auswirkungen auf die Lebensqualität der einkommensschwachen Österreicher, vor allem angesichts steigender Lebenshaltungskosten, insbesondere bei Mieten und Energie.

Steigende Armut in Österreich

Die Armutsgefährdungsschwelle in Österreich liegt für einen Einpersonenhaushalt bei 1.572 Euro monatlich. Diese Grenze

erhöht sich um 0,5 für jede zusätzliche erwachsene Person und um 0,3 für Kinder unter 14 Jahren. Für unterschiedliche Haushaltstypen ergeben sich daher folgende Armutsgefährdungsschwellen:

Haushaltstyp	Armutsgefährdungsschwelle
1-Personen-Haushalt	1.572 €
1 Erwachsene/r + 1 Kind	2.044 €
2 Erwachsene	2.358 €
2 Erwachsene + 2 Kinder	3.301 €

Wie die **Armutskonferenz** berichtet, sind allein 14,9 % der Bevölkerung, das sind 1.314.000 Menschen, armutsgefährdet, während 3,7 % (336.000 Menschen) „erheblich materiell depriviert“ sind, ein Anstieg von 2,3 % im Vergleich zum Vorjahr. Vor allem Alleinerzieherinnen, Arbeitslose und alleinstehende Frauen in der Pension sind stark betroffen. Bei den Menschen mit chronischen Erkrankungen zeigen sich zudem große Probleme.

Politische Herausforderungen

Belakowitsch prangert die bestehenden Sozialleistungen an, die sie als weder sozial noch gerecht erachtet, und erwähnt ein Beispiel aus Wien, wo eine syrische Familie monatlich 4.600 Euro von der Gemeinde erhält. Dies wirft Fragen zur Gerechtigkeit der Verteilung öffentlicher Mittel auf. Zudem sollen ab Juni die Krankenversicherungsbeiträge der Pensionisten von 5,1 % auf 6 % steigen, und es besteht die Möglichkeit, dass das gesetzliche Pensionsantrittsalter erhöht wird, falls es Budgetabweichungen gibt.

Die **Statistik Austria** ermittelt diese wichtigen Kennzahlen bereits seit Jahren und nutzt dabei Daten aus verschiedenen Erhebungen, um ein umfassendes Bild der sozialen Lage in Österreich zu zeichnen. Die Kombination von absoluten und relativen Armutsmaßen ist entscheidend, um das volle Ausmaß der Problematik zu verstehen.

Dr. Belakowitsch appelliert an die Bundesregierung, die Interessen der österreichischen Staatsbürger zu priorisieren und Maßnahmen zu ergreifen, die den betroffenen Gruppen wirklich helfen. Die Herausforderungen in der Armutsbekämpfung bleiben somit weiterhin drängend und erfordern schnelles Handeln.

Details	
Ort	Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.armutskonferenz.at • www.statistik.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at